Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 12.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 4.80 M., einschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 46 | Dresden, Donnerstag den 26. Februar 1920 | 31. Jahrg.

Der Friede mit Sowjet-Rußland

Ein offiziöses Wolfftelegramm hat uns gemeldet, daß der russische Delegierte, Herr Kopp, in Berlin nur über die Frage der Heimschaffung der Kriegsgefangenen verhandeln will, daß auch nur darüber mit ihm verhandelt wird, und daß die Verhandlungen nicht vom Auswärtigen Amt, sondern von der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene geführt werden. Das ist zweifellos vollkommen richtig, Herr Kopp hat aber in einer Besprechung mit einem Redakteur des Vorwärts selbst gesagt, daß es sich nicht nur um den Gefangenenaustausch, sondern vielmehr noch um die Aufnahme der wirtschaftlichen Friedensbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland handelt.

Wir brauchen keinen Frieden mehr mit Rußland zu schließen, weil wir keinen Krieg mehr mit ihm haben. Auch die Beteiligung an der Blockade Rußlands hat die deutsche Regierung seinerzeit mit vollem Recht abgelehnt. Zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Friedensbeziehungen brauchen wir aber den Frieden Rußlands mit der Entente, weil die polnische Republik ein Ententestaat ist und die Hauptverbindungslinien zwischen Deutschland und Rußland über Polen gehen. Wir sind daher am Abschluß eines vernünftigen Friedens zwischen Rußland und der Entente lebhaft interessiert.

In London dementiert man heftig, daß Friedensverhandlungen im Gange seien. Blätter aber, die für zuunterrichtet zu halten man allen Anlaß hat, wie z. B. die konservative Morningpost, behaupten mit der größten Entschiedenheit, daß solche Verhandlungen in Kopenhagen im Gange seien. Vielleicht ist es nicht richtig, von Verhandlungen im eigentlichen Sinne des Wortes zu sprechen, daß aber Litwinoff ebensowenig bloß wegen des Gefangenenaustausches in Kopenhagen ist, wie Kopp in Berlin, leuchtet ohne weiteres ein.

Die Stellung der deutschen Regierung in diesem diplomatischen Schachspiel ist bedeutend erschwert worden durch das Treiben eines Teiles der alldeutschen Presse, der von einem deutsch-russischen Schutz- und Trutzbündnis gegen die Entente faselt. Die sehr harmlosen Gründe der Berliner Unterhaltungen mit Herrn Kopp sind dadurch in der unsinnigsten Weise verdächtigt worden. Besonders hat sich in diesem verantwortungslosen Treiben die Deutsche Zeitung hervorgetan, die von Herrn Stinnes angekauft ist. Herr Stinnes bildet sich ein, er könne mit Rußland riesige Geschäfte machen und möchte nun die ganze deutsche Politik entsprechend seiner Profitpolitik orientieren. Glücklicherweise hat aber die Schwerindustrie keinen solchen Einfluß mehr auf die auswärtige Politik, wie während des Krieges.

Ein Gegenstück zu den alldeutschen Phrasenhändlern, die Arm in Arm mit Sowjet-Rußland in einen neuen frischfröhlichen Krieg gegen die Entente ziehen wollen, bilden jene Angstmeier, die vor der Aufnahme friedlicher Beziehungen zu Rußland warnen und die fürchterlichsten Folgen aus ihr voraussagen. Rußland, so prophezeien sie, werde nach Wiederaufnahme der Friedensbeziehungen in Deutschland die gefährlichste Umsturzpropaganda entfesseln. In späteren Zeiten aber, wenn der Bolschewismus einmal gestürzt sein werde, würden seine Nachfolger in der Regierung an Deutschland dafür Vergeltung üben, daß es den Bolschewisten seine moralische Unterstützung lieh.

Dazu sei gleich gesagt, daß es keinen vernünftigen Menschen in Deutschland einfällt, den russischen Bolschewismus moralisch unterstützen zu wollen. Der Gedankengang derer, die die Wiederaufnahme friedlicher Beziehungen wünschen, ist ganz einfach der, daß man mit dem bolschewistischen Rußland ebenso gut wirtschaftliche Beziehungen pflegen könne wie seinerzeit mit dem zaristischen. Der wirtschaftliche Verkehr mit Rußland vor dem Kriege hat in keiner Weise als eine moralische Unterstützung des Zarismus gelten können, er war einfach ein Ausdruck der Tatsache, daß die Völker miteinander wirtschaftlich verkehren müssen, mögen sie gegenseitig über ihre inneren Einrichtungen denken wie immer. Würden in Rußland heute die Menschewiki, die Kadetten, die Oktobristen oder sogar die Schwarzen Hundert siegen und einen neuen Zaren auf den Thron setzen, so wäre das für Deutschland kein Grund, auf den wirtschaftlichen Verkehr mit Rußland zu verzichten. Also kann das Bestehen eines bolschewistischen Regiments auch kein Grund zu einem solchen, Verzicht sein.

Die Gefahr der russischen Umsturzpropaganda in Deutschland darf aber auch nicht überschätzt werden. Die Verhältnisse haben sich bei uns denn doch schon so weit gefestigt, daß das, was in Deutschland besteht, nicht mehr so leicht umzublasen ist. Die kommunistische Propaganda erfreut sich schon jetzt — niemand zweifelt daran — der lebhaftesten Unterstützung der Moskauer Regierung. Durch die Wiederaufnahme friedlicher Beziehungen könnte diese Unterstützung kaum intensiver, sie würde aber viel sichtbarer werden und gerade dadurch einen guten Teil ihrer Wirkung verlieren. Das deutsche Volk hat zu neun Zehnteln oder neunundneunzig Hundertsteln nicht die geringste Lust, sich seine Regierungsmethoden von Moskau bestimmen zu lassen, und je deutlicher der deutsche Kommunismus als der Almosenempfänger der russischen Regierung erscheint, desto mehr wird er diskreditiert sein. Außerdem wird Rußland durch seine Wiedereröffnung den Zauber des Geheimnisses verlieren, und wenn der Schleier gelüftet ist, wird die Welt einen Totenschädel erblicken. Auch mancher deutsche Kommunist würde von einer Rußlandfahrt bekehrt nach Hause kommen. Alles in allem, die Einbeziehung Rußlands in den Weltfrieden bedeutet für uns keine Gefahr, oder, wenn man sich ganz vorsichtig ausdrücken will, sie bedeutet für uns eine weit geringere Gefahr als das Wiederaufleben des Krieges zwischen Rußland und der Entente. Denn das bedeutet den Krieg zwischen Rußland und Polen und möglicherweise das Vordringen des russischen Bolschewismus bis an die deutsche Grenze, bis auf weite Gebiete, die vor dem Frieden deutsch gewesen sind. Wenn also die Wahl steht zwischen Krieg und Frieden, kann Deutschland nur den Frieden wählen.

•

Rußland kauft ein

Nach Berliner Blättern erfährt der Reuter-Korrespondent in Kopenhagen von Litwinoff, daß die Verhandlungen die Organisation von russischen Einkäufen, besonders von Eisenbahnmaterial und landwirtschaftlichen Maschinen betreffen. „Diese Waren haben wir," so erklärt Litwinoff, „gekauft, ohne den endgültigen Plan abzuwarten und werden sie mit Gold bezahlen. Meine Regierung hat erhebliche Konzessionen gemacht, indem sie zugab, daß dieser Außenhandel in die Hände der kooperativen Vereine gelegt wurde. Um der Regierung sein Vertrauen zu zeigen, hat der Zentralrat mich zum Vorsitzenden der ausländischen Legation ernannt. Bugnoff und Berkenheim sowie die übrigen Vertreter in London und Paris werden unter ständiger Fühlung mit mir zum Einkauf der erwähnten Waren schreiten."

•

Völkerbund und Rußland

Der Völkerbundsrat beschloß, nach einem Londoner Bericht, auf Polens Wunsch hin, eine Untersuchungskommission nach Rußland zu entsenden. Die englische Presse betont hierzu, daß es sich hierbei nicht um eine Anknüpfung der Beziehungen zur Sowjetregierung handle, sondern nur um eine provisorische diplomatische Vertretung bei der Moskauer Regierung.

Aus London wird ferner gemeldet: In dem amtlichen Bericht der Londoner Konferenz über die Wiederaufnahme von Beziehungen zu Rußland ist der springende Punkt derjenige, daß die am 17. Januar von Clemenceau und Lloyd George beschlossene Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen eine bedeutende Erweiterung erfährt, da von nun an nicht nur Beziehungen zu den sogenannten Genossenschaften erlaubt sind, sondern sämtliche Beziehungen zu Rußland mit Ausnahme der diplomatischen zwischen den Regierungen der Alliierten und Rußland.

Das undurchführbare Monstrum

Aus Rom wird gemeldet: Dem Messaggero wird aus Neuyork berichtet, daß die Aussicht auf Annahme des dem Senat unterbreiteten Vorschlages wachse, in dem von Wilson die Einberufung einer neuen internationalen Konferenz zur gründlichen Revision des Friedensvertrags verlangt wird.

Der Nieuwe Courant meldet aus Washington, daß der Senat beschlossen habe, den Friedensvertrag am Donnerstag wieder zu behandeln und alle andern Fragen zurückzustellen, bis der Friedensvertrag endgültig erledigt ist.

•

Frankreichs Wünsche

Paris, 25. Februar. Der Auslandspolitiker des Matin, Sauerwein, erklärt in einem Londoner Telegramm, Frankreich verlange von England eine Militärallianz, unabhängig von der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika, zweitens die Besetzung der Rheinlande auf so lange, als es notwendig erscheine, und ihre Erweiterung auf das Ruhrkohlengebiet, außerdem dauernde finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung zum Wiederaufbau. Eine räumliche und zeitliche Ausdehnung der Besetzung in den Rheinlanden sei England sehr unangenehm. Dem englischen Oberkommandanten sei es auch unangenehm, daß Frankreich schwarze oder marokkanische Truppen dort verwende. Man erklärte, die Ausdehnung der Besetzung werde Frankreich und Deutschland und infolgedessen auch ganz Europa in einem Zustand erhalten, der weder Frieden noch Krieg sei.

•

Antwort auf Millerands Kohlennote

Berlin, 25. Februar. Die Kohlennote Millerands ist beantwortet worden, und zwar lautet die Antwort der deutschen Regierung dahin, daß die sachlichen Gesichtspunkte, von denen Millerand in seiner Note ausgegangen ist, unzutreffend sind. Die materiellen Fragen, die in der Note angeschnitten werden, sind dagegen von der „Wiedergutmachungskommission" zu erledigen.

Lenins Arbeitsaufgebot

Eigener Drahtbericht

Basel, 26. Februar. Nach dem vom Pariser Eiffelturm aufgefangenen Funkspruch hat die russische Regierung ein allgemeines Arbeitsaufgebot erlassen. Die Arbeit wird von allen Volksschichten ohne Ausnahme unter Umständen mit Waffengewalt für obligatorisch erklärt. Die Arbeiter werden für Lebenszeit einem Unternehmer zugewiesen. Das Wirtschaftsaufgebot soll mit rücksichtsloser Strenge durchgeführt werden, um die Ueberlegenheit der Zwangsarbeit gegenüber der freien Arbeit zu beweisen. Durch weitere Funksprüche verkündet die Räteregierung der ganzen Welt, daß sie den Krieg mit der friedlichen Arbeit vertauscht.

Der Flucht der hohen Kurse

(Eigene Drahtmeldung)

London, 26. Februar. Aus den Vereinigten Staaten werden ausführliche Angaben über die zunehmende Wirkung der hohen Kurse auf die amerikanische Ausfuhr bekannt. So hat der Export von Konservenfleisch aus Chikago gänzlich aufgehört. Hunderttausende von Tonnen Lebensmittel mußten im Lande selbst verkauft werden. Man befürchtet eine unausbleibliche Erntekrise sowohl für die Industrie wie auch für den Handel der Vereinigten Staaten.

•

Basel, 26. Februar. Einige soeben aus Paris zurückgekehrte Persönlichkeiten machten den Vertretern der Baseler Nachrichten folgende Mitteilung: Das ungeheure Anschwellen der Preise steigert sich von Tag zu Tag. Die Teuerung ist unerträglich und größere Geschäfte werden meistens nur noch in Dollars oder holländischen Gulden abgewickelt. Frankreich wird vom Ausland ebenso ausgekauft wie Deutschland. Die notwendigsten Bedarfsartikel sind bereits im Zentrum der Stadt gar nicht mehr zu finden. Auch die Kohlennot ist ernst, die politische Stimmung in Frankreich gedrückt. Eine starke Strömung ist gegen England vorhanden, das Frankreich bei seinen Aktionen gegen Deutschland wiederholt in den Rücken gefallen ist.

Lansings Nachfolger

Washington, 25. Februar. Präsident Wilson hat Bainbringe Colby zum Staatssekretär ernannt.

Ungezügelte Profitjagd

Von Rudolf Wissell

1.

In weiten Kreisen der Industrie und der Landwirtschaft wird mit allen Kräften auf eine Annäherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise hingearbeitet. Was das für eine volkswirtschaftliche Pferdekur sein würde, kann im Rahmen dieses Artikels nur kurz angedeutet werden, aber es lohnt sich, doch einmal dies Thema in allgemeinen Zügen zu behandeln.

Im Vergleich zu der inländischen Kaufkraft der deutschen Mark ist die ausländische Kaufkraft eine um das vielfache geringere; dementsprechend auch die inländische Kaufkraft der fremden Währung eine weit höhere als im Heimatlande. Die Gründe liegen in der Überschwemmung des Auslandes mit deutscher Papiermark und in dem fehlenden Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaftskraft. Die Ueberschwemmung hat dreierlei Ursachen. Einmal ist das früher von uns besetzte Ausland durch unsere Truppen mit Milliarden deutscher Mark überflutet worden. Allein in Belgien ist der Betrag auf sechs Milliarden zu schätzen. Zum andern hat die Steuerscheu so zahlreiche Besitzender deutsche Werte ins Ausland gebracht, die dort zur Einwechslung in die fremde Währung zum Angebot kommen. Und schließlich ist unsere Einfuhr weit, weit größer als die Ausfuhr. Was wir mehr einführten, ist zumeist mit deutschem Papiergelde bezahlt worden. Das Riesenangebot der deutschen Mark drückt ihren Kurs herunter, muß auf ihn drücken. So sieht der Wert der deutschen Mark aus, daß am 14. Februar 9000 Mark deutsche Kriegsanleihe für 26.6 Gulden in Holland gekauft werden konnte.

Die Unterbewertung der deutschen Mark führt zu dem beispiellosen Ausverkauf Deutschlands, den wir trotz der Verordnung vom 20. Dezember 1919 noch immer erleben. Es scheint, als ob diese Verordnung nicht mit der Entschiedenheit durchgeführt würde, wie es notwendig ist. Wir benützen diese Verordnung absolut nicht. Ich habe in meinem kürzlich durch die Presse gegangenen Artikel „Hungergewinne" gefordert, daß die bei einer Anzahlung der Preise für die dem Ausland verkauften Waren und Werte an die Auslandspreise zu erzielenden Konjunkturgewinne der Allgemeinheit zugute kommen sollen. Aber diese Konjunkturgewinne werden heute überhaupt noch nicht im vollen Umfange ausgenützt. Dem Ausland fließen auf diese Weise Hunderte und aber Hunderte von Millionengewinnen zu. Nun sagt man, dieser Ausverkauf Deutschlands würde mit einem Schlage aufhören, wenn die Inlandspreise den Weltmarktpreisen angepaßt würden. Dann würden wir auch vom Ausland die ihm zu liefernden Kohlen, die wir heute auf Grund des Friedensvertrages nur nach den Inlandspreisen berechnen dürfen, mit viel, viel höherem Betrage bezahlt bekommen. Als zwei der bekanntesten Wortführer dieser Theorie seien der frühere Reichsschatzminister Gothein und der Agrarier Rösicke genannt. Ich will nicht bezweifeln, daß sie wirklich meinen, auf diesem Wege dem Lande am besten zu dienen. Aber dann muß auch gesagt werden, daß sie dem Lande ganz unerwünscht einen wahren Bärendienst erweisen. Nicht nur die Fliege, die sich auf das Gesicht seines Herrn gesetzt hatte, erschlug der Bär, mit der Fliege den schlafenden Herrn selbst. Wir würden ins Innern zu Zuständen kommen, die einem Totschlag der deutschen Volkswirtschaft gleichkämen.

Aber nicht nur von volkswirtschaftlichen Waisenknaben wird die Anpassung der Inlands- an die Auslandspreise gefordert, auch von solchen Leuten, die an sich schon die Wirkungen überschauen, jedoch durch die Riesengewinne, die ihnen bei einer Anpassung erwachsen würden, jeden volkswirtschaftlichen Ueberblick zu verlieren scheinen.

Was würde die Wirkung einer Anpassung an die Weltmarktpreise sein? Wir brauchen nur zu betonen, daß heute auf dem Auslandsmarkt die Tonne Getreide nach unserm Gelde 9000 bis 10 000 Mark kostet. Natürlich würden die An-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200226/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG